

**Antrag  
auf Gewährung einer Bürgschaft gemäß der Richtlinie  
für die Übernahme von Bürgschaften durch die  
Thüringer Aufbaubank zugunsten der gewerblichen  
Wirtschaft und der freien Berufe  
(TAB-Bürgschaftsprogramm)**

- nur über die Hausbank einzureichen -



Thüringer Aufbaubank  
Abteilung Unternehmen und Banken  
Postfach 90 02 44  
99105 Erfurt

<b>TAB-Projekt-Nr.:</b> - wird von TAB ausgefüllt -
--

Verwendungszweck	Darlehensart	Darlehensbetrag in EUR (Kredit oder Avalbetrag)	Laufzeit in Jahren
Erstinvestitionen			
Ersatzinvestitionen			
Betriebsmittel / Avale			

**1. Hausbank**

Name	BIC:	
Ansprechpartner*in:	Telefon	E-Mail:
Straße / Hausnummer:		
PLZ:	Ort:	

**2. Antrag stellendes Unternehmen / Antragsteller\*innen**

Unternehmen (ggf. lt. Handelsregister) / Name, Vorname:	Gründungsdatum / Geburtsdatum:
Ansprechpartner*in:	Telefon: E-Mail:
Straße, Hausnummer	
PLZ:	Ort:

Genauere Bezeichnung der Branche:	Branchenschlüssel (gem. VO EG Nr. 1893/2006):
-----------------------------------	---

Gegenstand des Unternehmens:	Investitionsort:
	PLZ: Ort:
	Straße:

Rechtsform:
<input type="checkbox"/> BGB-Ges. <input type="checkbox"/> Einzelunternehmen/Gewerbebetrieb <input type="checkbox"/> OHG <input type="checkbox"/> KG <input type="checkbox"/> GmbH & Co. KG <input type="checkbox"/> GmbH <input type="checkbox"/> AG <input type="checkbox"/> PartG <input type="checkbox"/> Freiberufler*in/Sonstige

Handelsregister-Nr. / Ort:
----------------------------

<input type="checkbox"/> Handwerksrolle / Verzeichnis der Inhaber eines Betriebes des zulassungsfreien Handwerks
--

### 3. Weitere Angaben zum Unternehmen

Umsatzsteuernummer (11-stellig) – auch als Umsatzsteuer-ID bezeichnet
alternativ: Angabe der Steuernummer: / /

Namen des Inhabers/der Inhaberin/der Gesellschafter*innen/Partner*innen (bei Unternehmen genaue Firmenbezeichnung und Sitz), Rechtsstellung im Unternehmen, jeweiliger Anteil am Gesellschaftskapital in % (ggf. Anlage)

Namen der Geschäftsführer*innen:	bei mehreren zuständig für:

Fanden bei den Unternehmen bereits Zahlungseinstellungen, gerichtliche oder außergerichtliche Vergleichsverfahren, Gesamtvollstreckungsverfahren, Konkursverfahren, Insolvenzverfahren, Steuerstrafverfahren oder Gewerbeuntersagungsverfahren statt? Sind das Unternehmen, ihr/e Inhaber*innen oder die Gesellschafter*innen als Kläger oder Beklagte in Rechtsstreitigkeiten oder Prozesse verwickelt oder sind solche für sie zu erwarten?
<input type="checkbox"/> ja (nähere Angaben hierzu ggf. auf gesondertem Blatt) <input type="checkbox"/> nein

Arbeitsplätze <sup>1</sup>	zum Antragszeitpunkt	unter Berücksichtigung des Vorhabens
<b>Arbeitsplätze gesamt:</b>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Gibt es verbundene Unternehmen (z. B. Besitzgesellschaft bei Betriebsaufspaltung, Muttergesellschaften (direkt / indirekt), Tochtergesellschaften (direkt / indirekt), weitere Beteiligungen der Gesellschafter*innen?)
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<i>Sofern Sie die o. g. Frage mit „ja“ beantwortet haben, fügen Sie bitte ein Organigramm bei und machen Sie für jedes Unternehmen folgende Angaben: Firma (lt. Handelsregister), Höhe der Beteiligung in %, Anzahl der Arbeitsplätze, Umsatz und Bilanzsumme für das letzte und vorletzte Geschäftsjahr. Bei Betriebsaufspaltung reichen Sie bitte die letzten beiden Jahresabschlüsse des Besitzunternehmens ein.</i>

### 4. Sonstige Angaben

Liegen zurzeit bei öffentlichen Stellen weitere Anträge der Antragsteller*innen bzw. der / des Unternehmen(s) auf Darlehen, Bürgschaften oder Zuschüsse z. B. aus der Gemeinschaftsaufgabe (GRW) / Zulagen vor oder ist beabsichtigt, demnächst solche Anträge zu stellen (falls „ja“ wann [Antragsdatum], bei welcher Stelle, in welcher Höhe und für welchen Zweck)?

<sup>1</sup> anzugeben sind Voll- und Teilzeitarbeitsplätze (Teilzeitarbeitsplätze sind anteilmäßig zu der regelmäßigen betriebsüblichen oder tariflichen Arbeitszeit eines Vollzeitarbeitsplatzes zu berechnen, z. B. ein Teilzeitarbeitsplatz mit 15 Stunden pro Woche entspricht bei Vollzeitarbeitsplätzen mit 40 Stunden pro Woche = 0,375 Vollzeitarbeitsplätzen)

## 5. Investitions- und Finanzierungsplan

(in Tsd. Euro, alle Angaben ohne Mehrwertsteuer)

### Investitionsdarlehen

Investitionsplan	
Grundstücke/Gebäude	
bauliche Investitionen	
neue technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung inkl. Fahrzeuge	
gebrauchte technische Anlagen u. Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung inkl. Fahrzeuge	
Investitionen der Ersatzbeschaffung <sup>2</sup>	
immaterielle Wirtschaftsgüter (Erwerb von Patentrechten, Lizenzen...)	
Erwerb Grundstücke/Gebäude, Maschinen von verbundenen/verflochtenen Unternehmen	
Sonstiges ( <i>bitte konkret angeben</i> )	
<b>Summe Investitionen</b>	

Finanzierungsplan	
Eigenmittel	
vorhandene liquide Mittel	
Gesellschafterdarlehen	
Beteiligungen	
Eigenleistungen	
Zuschüsse und Zulagen	
GRW-Zuschuss	
Darlehen von Förderinstituten ( <i>Angabe Institut und Programm, z.B. KfW-Förderkredit</i> )	
Sonstige Darlehen ( <i>Angabe Institut</i> )	
Mietkauf/Leasing	
<b>Summe Finanzierungsplan</b> (= Summe Investitionsplan)	

### Betriebsmitteldarlehen

Betriebsmittel	
Sonstige	
<b>Summe Betriebsmittel</b>	

Bankkredite	
Sonstige	
<b>Summe Finanzierungsplan</b> (= Summe Betriebsmittel)	

<sup>2</sup> Eine Ersatzbeschaffung liegt nicht vor, wenn das neu angeschaffte oder hergestellte Wirtschaftsgut wegen seiner technischen Überlegenheit oder rationelleren Arbeitsweise für den Betrieb eine wesentlich andere Bedeutung hat, als das ausgeschiedene Wirtschaftsgut.

## 6. Erklärungen (Antragsteller\*innen / Mithafter\*innen)

Mithaftung der Inhaber\*innen, Gesellschafter\*innen und deren Ehepartner\*innen

Bei Einzelfirmen und Personengesellschaften haben ggf. die Ehepartner\*innen der Firmeninhaber\*innen bzw. die persönlich haftenden Gesellschafter\*innen die Mithaftung zu übernehmen. Soweit es unter Berücksichtigung der gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse geboten erscheint, wird bei Kommanditgesellschaften ggf. auch die Mithaftung der Kommanditisten und deren Ehepartner\*innen herangezogen.

Bei Kapitalgesellschaften haben die Personen, die Kraft ihrer Stellung als Gesellschafter\*innen wesentlichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben können, sowie ggf. deren Ehepartner\*innen die Mithaftung zu übernehmen.

Ich / Wir bestätigen, dass

- die vorstehenden und in den ggf. weiteren Anlagen gemachten Angaben richtig und vollständig sind. Ich / Wir verpflichte(n) mich / uns, die Hausbank über wesentliche Änderungen der zu diesem Antrag gemachten Angaben unverzüglich und unaufgefordert in Kenntnis zu setzen.
- mir / uns die zu diesem Programm geltende Richtlinie, das geltende Entgeltmerkblatt sowie die weiteren geltenden Merkblätter (Merkblatt AGVO, Merkblatt Anteilserwerb, Merkblatt Leasing) bekannt sind (veröffentlicht auf der Internetseite der Thüringer Aufbaubank/Förderprogramme/Bürgschaften). Ich / Wir erkenne(n) diese Richtlinie und die Merkblätter an.
- ich / wir die Finanzbehörden unter Befreiung vom Steuergeheimnis ermächtige(n), ab Antragstellung bis zur Rückzahlung des verbürgten Darlehens dem Finanzminister des Freistaates Thüringen und der Thüringer Aufbaubank alle Auskünfte über meine / unsere durch § 30 der Abgabenordnung (AO 1977) geschützten Verhältnisse zu erteilen.

Mir / Uns ist bekannt, dass

- die nachstehenden Angaben:

- Angaben zum Antrag stellenden Unternehmen bzw. zu Antragsteller\*innen (Firma/Name, Adresse, Kontaktdaten, Branche, Gegenstand des Unternehmens, Investitionsort, Rechtsform, Registereintragung),
- Angaben zum Unternehmen (Steuer-Nummer[n], Inhaber\*innen/ Gesellschafter\*innen/Geschäftsführer\*innen [Namen, Rechtsstellung, Anteil am Gesellschaftskapital, Vergütungen], wirtschaftliche Verhältnisse, Anzahl der Arbeitsplätze, Besitz und Beteiligungsverhältnisse,
- Angaben zu weiteren Anträgen auf öffentliche Förderung (Darlehen, Bürgschaften, Zuschüsse),
- Angaben zum Investitions- und Finanzierungsplan

sowie die in den Anlagen und in den dazu eingereichten ergänzenden Unterlagen gemachten Angaben subventionserheblich im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) i. V. m. § 2 Subventionsgesetz vom 29.07.1976 (BGBl. I, S. 237) sind und Subventionsbetrug danach strafbar ist. Die Mitteilungspflichten nach § 1 des Thüringer Subventionsgesetzes vom 16.12.1996 (GVBl. Nr. 19, S. 319) i. V. m. § 3 des Subventionsgesetzes vom 29.07.1976 sind mir / uns ebenfalls bekannt,

- bei Gewährung einer Bürgschaft auf Basis einer Genehmigung durch die Europäische Kommission oder auf Basis der Verordnung der Kommission (EU) Nr. 651/2014 vom 17. Juni 2014 (ABl. der EU L 187/1 vom 26.06.2014), derzeit in der Fassung der Verordnung (EU) Nr. 2023/1315 vom 23. Juni 2023 (ABl. der EU L 167/1 vom 30.06.2023) Informationen über jede Einzelbeihilfe von über 100.000,00 Euro gemäß Mitteilung der Kommission 2021/C 153/01 (ABl. der EU C 153/1 vom 29.04.2021) bzw. gemäß Art. 9 Buchstabe c der AGVO in der Beihilfentransparenzdatenbank (transparency award module) der Kommission<sup>3</sup> oder auf einer umfassenden nationalen oder regionalen Beihilfe-Webseite veröffentlicht werden,
- gemäß der Richtlinie mit Antragseingang / Antragstellung ein Bearbeitungsentgelt nach Maßgabe des Entgeltmerkblattes erhoben wird und das Bearbeitungsentgelt im Falle der Ablehnung des Bürgschaftsantrages nicht erstattet wird,
- gemäß der Richtlinie ein laufendes Bürgschaftsentsgelt nach Maßgabe des Entgeltmerkblattes erhoben wird.

**Ich / Wir bestätige(n), dass mir / uns die Datenschutzinformation nach Art. 13, 14 und 21 der EU-Datenschutz-Grundverordnung für die Thüringer Aufbaubank sowie für das Thüringer Finanzministerium online (siehe nachfolgende Links) oder als Ausdruck zur Verfügung gestellt wurden:**

Datenschutzinformation der Thüringer Aufbaubank:  
[www.aufbaubank.de/datenschutzinformation](http://www.aufbaubank.de/datenschutzinformation)



Datenschutzinformation des Thüringer Finanzministeriums  
<https://www.finanzen.thueringen.de/datenschutz-buergschaften/>



**Ich / Wir verpflichte(n) mich/uns, ggf. betroffene dritte Personen (z. B. Ansprechpartner\*innen, Gesellschafter\*innen, Geschäftsführer\*innen), deren personenbezogene Daten in diesem Antrag erhoben oder zukünftig an die Thüringer Aufbaubank übermittelt werden, über die o. g. Datenschutzinformationen zu unterrichten.**

Hiermit willige/n ich / wir ein, dass die Thüringer Aufbaubank

- mir / uns Informationen über weitere Förderangebote der Thüringer Aufbaubank per Post und E-Mail zukommen lässt \*
- mich / uns durch Umfragen zu Marktforschungszwecken und zur Verbesserung der Kundenzufriedenheit per Post und E-Mail kontaktiert \*

und hierzu meine / unsere personenbezogenen Daten (insbesondere Name, Anschrift und E-Mail-Adresse) verarbeitet. Die von mir / uns erteilte Einwilligung ist Rechtsgrundlage der Verarbeitung meiner / unserer personenbezogenen Daten für die vorgenannten Zwecke. Die Einwilligung erfolgt auf freiwilliger Basis. Ich kann / Wir können diese Einwilligung jederzeit gegenüber der Thüringer Aufbaubank widerrufen. Mir / Uns ist bekannt, dass förderrechtlich veranlasste Umfragen unabhängig von meiner / unserer Einwilligung durchgeführt werden können.

\*Gewünschtes bitte ankreuzen.

Ort, Datum

Stempel / rechtsverbindliche Unterschriften der Antragsteller\*innen

**Für die Beantragung von Bürgschaften für Investitionen zu bestätigen:** Ich / Wir erkläre(n), mit dem Investitionsvorhaben nicht vor Antragstellung bei der TAB (Datum des Antragseingangs) begonnen zu haben bzw. zu beginnen. Beginn des Investitionsvorhabens ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages.

Ort, Datum

Stempel / rechtsverbindliche Unterschriften der Antragsteller\*innen

## Übersicht über einzureichende Unterlagen

Fügen Sie dem Antrag auf Gewährung einer TAB-Bürgschaft bitte bei:		
1	<b>Bereitschaftserklärung der Hausbank für TAB-Bürgschaftsanträge (Anlage 1)</b>	<input type="checkbox"/>
2	<b>Bescheinigung des jeweils zuständigen Finanzamtes</b> gemäß Punkt 8.2 der Bürgschaftsrichtlinie (Bescheinigung in Steuersachen) für die Ihr Unternehmen betreffenden Steuerarten, z. B. Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer, gesonderte und einheitliche Gewinnfeststellung (Personengesellschaften), Lohnsteuer, Umsatzsteuer. Das Ausstellungsdatum der Bescheinigung darf bei Antragseingang in der TAB nicht mehr als einen Monat zurückliegen.	<input type="checkbox"/>
3	<b>Jahresabschlüsse / Betriebswirtschaftliche Auswertung (BWA)</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Jahresabschlüsse der zurückliegenden 3 Jahre bzw. Einnahmenüberschussrechnungen mit betrieblicher Vermögens- und Schuldenaufstellung</li> <li>Aktuelle BWA mit Summen- und Saldenliste / Status.</li> </ul> <p>Die gleichen Unterlagen sind von den verbundenen Unternehmen / dem Konzern einzureichen. <i>Sämtliche Unterlagen müssen rechtsverbindlich unterzeichnet sein.</i></p>	<input type="checkbox"/>
4	<b>Liquiditäts- und Rentabilitätssituation</b> Mittelfristiges Konzept mit folgenden Angaben: <ul style="list-style-type: none"> <li>technische Produktionsmöglichkeiten (vorhandene Kapazitäten, Ausnutzungsgrad, Anzahl der Schichten)</li> <li>Kundenstruktur (z. B. Großhandel, verarbeitendes Gewerbe u. a., Umsatzanteil der drei größten Kunden)</li> <li>Beschaffungsstruktur (Streubreite der Lieferanten)</li> <li>Markt (geografische Ausdehnung, Exportanteil, eigener Marktanteil) und Wettbewerb (Stellung der Konkurrenz)</li> <li>aktueller Auftragsbestand und Auftragseingang in den letzten drei Monaten</li> <li>Darstellung der Unternehmenssituation und des Betriebsmittel- / Konsolidierungsbedarfs und dessen Finanzierungsbausteine</li> <li>Darstellung der geplanten bzw. bereits eingeleiteten betrieblichen Verbesserungsmaßnahmen</li> <li>Beiträge des Inhabers/der Inhaberin bzw. des Gesellschafters/der Gesellschafter*innen (z. B. Beschränkungen der Entnahmen / Geschäftsführergehälter, Einbringung von Eigenkapital, Gewährung von Gesellschafterdarlehen usw.)</li> <li>Beiträge der Hausbank (Aufrechterhaltung der KK-Linie, Einräumung von Sonderkonditionen, Tilgungsstreckungsdarlehen usw.)</li> <li>Liquiditätsplan für die nächsten 12 Monate (<b>Anlage 2</b>)</li> <li>Umsatz- und Ertragsvorschau in GuV-Form für das laufende und die beiden nächsten Geschäftsjahre</li> <li>von den Banken eingeräumte Kreditlinien und die aktuellen Kontostände</li> </ul>	<input type="checkbox"/>
5	<b>Weitere Angaben zum Unternehmen</b> Falls weitere Bankverbindungen bestehen: <ul style="list-style-type: none"> <li>Auflistung aller Darlehen (aktuelle Valuten) und Kreditlinien unter Angabe der Gläubiger, Zins- und Tilgungskonditionen sowie deren Besicherung</li> </ul> <p>Zu Grundstücksverhältnissen (Eigen-, Miet- oder Pachtgrundstücke) sind folgende Unterlagen einzureichen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Grundbuchauszüge</li> <li>Verkehrswertgutachten bzw. Beleihungswertermittlungen der Hausbank</li> <li>Sonderrisiken (Umweltaltlasten udgl.)</li> </ul>	<input type="checkbox"/>
6	<b>Wesentliche Verträge / Verpflichtungen</b> Bestehen sonstige, aus den eingereichten Bilanzen nicht ersichtliche Verpflichtungen und Beschränkungen? Falls ja, in welchem Umfang und wer ist Begünstigter (z. B. aus Indossamenten, Bürgschaften, Garantien).  Außerdem sind vorzulegen: <ul style="list-style-type: none"> <li>Handelsregisterauszug, Auszug Handwerksrolle, Gewerbe genehmigung (auch von verbundenen Unternehmen)</li> <li>Gesellschaftsvertrag (auch von verbundenen Unternehmen)</li> <li>wesentliche Miet- und Pachtverträge, Franchiseverträge</li> </ul>	<input type="checkbox"/>
7	<b>Angaben zu Inhaber*innen, zu Geschäftsführer*innen / Gesellschafter*innen</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>Kurzgefasster beruflicher Werdegang und Lebenslauf der Inhaber*innen / der Geschäftsführer*innen</li> <li>umfassende Selbstauskunft der Inhaber*innen / der Gesellschafter*innen und deren Ehepartner*innen (zu unterlegen mit aktuellem Einkommenssteuerbescheid), ggf. bei Grundbesitz auch Grundbuchauszüge und Wertermittlungen</li> </ul>	<input type="checkbox"/>
8	<b>De-minimis-Erklärung des Antragstellers (Anlage 3) – sofern Bürgschaft nach „De-minimis-Verordnung“ zugesagt werden soll</b>	<input type="checkbox"/>